

**BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG
CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF VON BERLIN**
Die Bezirksverordnetenvorsteherin

EINLADUNG

51. Öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Ältestenrat am Mittwoch, 18.11.2020

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.11.2020, 17:00 Uhr

Ort, Raum: Gretel-Bergmann-Sporthalle, Rudolstädter Str. 77,
10713 Berlin

Tagesordnung

- 1 **Eröffnung**
- 1.1 **Das Wort hat der Bezirksbürgermeister**
- 1.2 **Einwohnerfragestunde** **1722/5**
Bezirksverordnetenvorsteherin
- 2 **Geschäftliche Mitteilungen / Dringlichkeiten / Konsensliste**
- 3 **Wahlen**
- 3.1 Wahl eines Mitglieds in den Vorstand
- 4 **Mündliche Anfragen**
- 4.1 **Mündliche Anfragen** **1720/5**
Bezirksverordnete
- 5 **Spontane Anfragen**
- 6 **Vorlagen zur Beschlussfassung**
- 6.1 **Blan 4-67 (Eschenallee)** **1719/5**
Abteilung Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

7	Beschlussvorschläge / Beschlussempfehlungen / Anträge	
7.1	Bauvorhaben Uhlandstraße/Fechnerstraße Ausschuss für Stadtentwicklung	1721/5
8	Beschlussempfehlungen	
8.1	Frauenschutzplätze ausbauen SPD-Fraktion	1538/5
8.2	Neue Unterkünfte für Wohnungslose nur noch mit WLAN einrichten oder anmieten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1622/5
8.3	Einseitige Schwangerschaftskonfliktberatung umgehend beenden! LINKE/SPD	1629/5
8.4	Fit und gesund auch weiterhin in Charlottenburg-Nord SPD-Fraktion	1655/5
8.5	Weiblicher Genitalverstümmelung und ihren Folgen entgegenwirken AfD-Fraktion	1685/5
8.6	Bauvorhaben Fechner Straße/ Uhlandstraße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1697/5
8.7	Schwimmunterricht bereits in Kitas AfD-Fraktion	1717/5
8.8	Ausstellungseröffnungen und Führungen in unseren kulturellen Einrichtungen mit Gebärdensprache SPD-Fraktion	1605/5
8.9	Besuch in unseren Kultureinrichtungen für alle! SPD-Fraktion	1606/5
8.10	Umzug der Heinrich-Schulz-Bibliothek - nur einmal CDU-Fraktion	1665/5
8.11	Ausstellung für Toleranz, Zivilcourage und Mitmenschlichkeit auch in Charlottenburg-Wilmersdorf CDU-Fraktion	1692/5
9	Anträge	
9.1	Tempo 30 in der Joachim-Friedrich-Straße durchsetzen SPD-Fraktion	1724/5
9.2	Den Kanzler der Einheit, Dr. Helmut Kohl, angemessen würdigen CDU-Fraktion	1735/5
9.3	Regelmäßige Kontrollen des Verkehrs um Schulen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1738/5

9.4	Infektionsrisiko von Schulkindern minimieren SPD-Fraktion	1725/5
9.5	Gedenktafel für Peter Lorenz in der Steifensandstraße 8 CDU-Fraktion	1736/5
9.6	Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1739/5
9.7	Installation mobiler Luftfilter-, Luftaustausch- oder Luftabsaugsysteme in Klassenräumen der bezirklichen Schulen AfD-Fraktion	1746/5
9.8	Charta City West 2040 - kein Leitbild für BVV und Bezirksamt SPD-Fraktion	1726/5
9.9	Radweg entlang der A111 sanieren Fraktion DIE LINKE	1744/5
9.10	Planung von Fahrradstraßen endlich wieder aufnehmen SPD-Fraktion	1727/5
9.11	Verkehrsprojekte auch temporär umsetzen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1740/5
9.12	Nachhaltiges Bauen im Bezirk zum Standard machen SPD-Fraktion	1728/5
9.13	Straßen sicher mit Licht Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1741/5
9.14	Städtepartnerschaft mit dem Bezirk Sisli/Istanbul AfD-Fraktion	1747/5
9.15	Sozialen Wohnungsbau im Bezirk voranbringen SPD-Fraktion	1729/5
9.16	Service-Bereich zur Erstberatung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1742/5
9.17	Auf- und Abfahrt Halenseestr./Messedamm am Autobahndreieck Funkturm erhalten SPD-Fraktion	1730/5
9.18	Ehrenamtliches Pflegen und Begrünen von Baumscheiben unterstützen SPD-Fraktion	1731/5
9.19	Charta City West - wie wird's konkret? Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1743/5
9.20	Sicherheit und Aufenthaltsqualität des Skateparks am Heidelberger Platz verbessern AfD-Fraktion	1748/5
9.21	Digitalisierung der Kultureinrichtungen, der Musikschule und der VHS SPD-Fraktion	1732/5

9.22	Die Geschichte des Hauses Poelzig darstellen SPD-Fraktion	1733/5
9.23	Digitale Diskussion zum Thema "Ist der Islam ein Integrationshindernis"? AfD-Fraktion	1749/5
10	Große Anfragen	
10.1	Zweite Corona-Welle SPD-Fraktion	1723/5
10.2	U-Bahnhof Adenauerplatz CDU-Fraktion	1734/5
10.3	Wie will das Bezirksamt die offenen Stellen rascher besetzen? Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1737/5
10.4	Lietzenseepark - Ruhestörung, Vermüllung, Kriminalität. Was tut das Bezirksamt? AfD-Fraktion	1745/5

Annegret Hansen
Bezirksverordnetenvorsteherin

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Einwohnerfragestunde
Bezirksverordnetenvorsteherin

TOP-Nr.:

Einwohnerfragestunde**DS-Nr: 1722/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einwohnerfragestunde1. Einwohnerfrage

Herr Rudolf Harthun
Maskenschutz

Welche Möglichkeiten sieht der Bezirk, die Mitarbeiter an den Frische-Theken -z.B. Lindner in der Westfälischen Str. - zum Masken-tragen zu verpflichten?

Es ist nicht verständlich, dass Kunden zur äußersten Sorgfalt verpflichtet werden, und die Bedienung vor der Frischetheke ohne Schutz mit den Kunden reden dürfen. Es ist noch nicht erwiesen, dass Aerosole vor den Lebensmitteln nicht haltmachen.

2. Einwohnerfrage

Herr Heinz Wermer
Kaskadensanierung Lietzenseepark

1. Baustadtrat Schruoffeneger informierte in seiner Antwort vom 26.08.2020 (Drs.1561/5) auf meine Einwohnerfrage, dass das Gutachten zur "Kaskadensanierung Lietzenseepark" im Juni 2020 fertiggestellt worden ist, die Bauarbeiten bis Jahresende ausgeschrieben werden und im Frühjahr 2021 beginnen sollen. Herr Schruoffeneger hatte der Initiativgruppe "Sanierung der Kleinen Kaskade"/dem Verein "Bürger für den Lietzensee e.V. in einer Besprechung am 23.01.2019" nach Fertigstellung eine (elektronische) Kopie zugesagt. Auf die Bitte per E-Mail vom 28.09.2020 erfolgte noch keine Antwort. Warum wurde die Zusage bisher nicht eingehalten?
2. Was hat die in Drs. 1561/5 erwähnte Auswertung des Gutachtens durch das Fachamt ergeben?

3. Wieweit sind die bis zum Jahresende vorgesehenen einzelnen Arbeitsschritte Planung, Ausschreibung und Auftragsvergabe der Sanierungsarbeiten inzwischen gediehen?

3. Einwohnerfrage

Herr Rudolf Harthun
Spielplätze

Kann der Bezirk die Adressen bestehender Spielplätze an "Neu-Bürger" (hier: Seesener Str.) verteilen oder in den Hausfluren aushängen, da diese kaum Möglichkeiten zum Spielen auf dem Hinterhang zum S-Bahn- Gelände haben?
Es handelt sich oft um "Neu-Bürger" , die die bezirklichen Einrichtungen nicht so genau kennen.

4. Einwohnerfrage

Herr Rudolf Harthun
Straßen-Parkplätze Ku-Damm 140-147

Kann das "eingeschränkte" Halteverbot abgeschafft werden? Zulieferer können jederzeit auf dem Hinterhof der Geschäfte abgewickelt werden.

Zwar war das Ordnungsamt bisweilen großzügig in der Zeittaktung der Abarbeitung der "Überschreiter" des BE-und Entladung-Gebotes, aber das schlechte Gewissen bleibt total unnötig.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Beschlussvorschlag
Ausschuss für Stadtentwicklung

TOP-Nr.:

Beschlussvorschlag**DS-Nr: 1721/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
04.11.2020	Stad BVV	Stad-090/5 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	9J : 3N : 1E

Bauvorhaben Uhlandstraße/Fechnerstraße

Der Ausschuss für Stadtentwicklung
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den städtebaulichen Wettbewerb für das laufende Bauantragsverfahren Uhlandstr./Fechnerstr. aufzugeben und mit dem Investor in Verhandlungen einzutreten, deren Ziel die vertragliche Verpflichtung zur Errichtung von 35 Wohnungen sind, die nach den Wohnungsbauförderungsbestimmungen des Landes Berlin förderfähig sind und für die die Mietpreis- und Belegungsbindungen der Wohnungsbauförderbestimmungen 2018 des Landes Berlin gelten.

Dies bedeutet 35 Wohnungen zu einer Nettokaltmiete von 6,50€ nach den Vorgaben der kooperativen Baulandentwicklung. Weiter soll mit dem Investor vereinbart werden, dass das Gebäude nach dem DGNB Zertifizierungssystem ein Platin-Zertifikat erhält. Der BauOBIn folgend müssen ein Spielplatz und Fahrradabstellplätze ablösefrei und ohne Ausnahme errichtet werden. Das Verhandlungsergebnis ist mit einer genehmigungsfähigen Planung dem Ausschuss vorzustellen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1538/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
28.05.2020	BVV	BVV-044/5 überwiesen	
25.06.2020	Soz	Soz-033/5 im Ausschuss abgelehnt	
21.08.2020	Soz	Soz-034/5 vertagt	
24.09.2020	Soz	Soz-035/5 vertagt	
22.10.2020	Soz	Soz-036/5 vertagt	
06.11.2020	Soz	Soz-037/5 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	9J : 4N : 1E
	BVV		

Frauenschutzplätze ausbauen

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass die Anzahl der Frauenschutzplätze z.B. in Frauenhäusern im Bezirk stark erhöht wird. Gleichzeitig sollen verschiedene Kontaktmöglichkeiten im öffentlichen Raum (z.B. Bürgerämter, Bibliotheken, Restaurants etc.) geschaffen werden, wo sich Frauen in Not hinwenden können, um an Hilfe zu gelangen. Diese sollen gut erkennbar gekennzeichnet werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.20 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1622/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
27.08.2020	BVV	BVV-048/5 überwiesen	
24.09.2020	Soz	Soz-035/5 vertagt	
22.10.2020	Soz	Soz-036/5 vertagt	
06.11.2020	Soz	Soz-037/5 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	BVV		

Neue Unterkünfte für Wohnungslose nur noch mit WLAN einrichten oder anmieten

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, wenn es weitere Unterkünfte für Wohnungslose anmietet oder einrichtet, diese von Beginn an mit WLAN auszustatten und sich bei den zuständigen Stellen des Landes Berlin einzusetzen, dass dies in ganz Berlin für die Einrichtungen des Landes und der Bezirke gilt.
Der BVV ist bis 30.11.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

LINKE/SPD

Juckel/Schenker/Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1629/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
27.08.2020	BVV	BVV-048/5 überwiesen	
24.09.2020	Soz	Soz-035/5 vertagt	
22.10.2020	Soz	Soz-036/5 vertagt	
06.11.2020	Soz	Soz-037/5 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	9J : 0N : 5E
	BVV		

Einseitige Schwangerschaftskonfliktberatung umgehend beenden!

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass es ausschließlich staatlich anerkannten Beratungsstellen erlaubt wird, „Schwangerschaftskonfliktberatungen“ durchzuführen und in diesem Sinne darauf hinzuwirken, dass die „Schwangerschaftskonfliktberatung“ durch Einrichtungen ohne staatliche Anerkennung, wie im Fall von „Pro Femina e. V.“, unterbunden wird.

Zudem soll durch die zuständigen Stellen erwirkt werden, dass aus Gründen der Irreführung von Schwangeren die Berliner Beratungsstelle von Pro Femina e. V. nicht länger mit einer „Schwangerschaftskonfliktberatung“ werben darf.

Der BVV ist bis zum 31. Januar 2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1655/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.09.2020	BVV	BVV-049/5 überwiesen	
22.10.2020	Soz	Soz-036/5 vertagt	
06.11.2020	Soz	Soz-037/5 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	BVV		

Fit und gesund auch weiterhin in Charlottenburg-Nord

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das Projekt „Fit und gesund in Charlottenburg-Nord“ auch über seinen Ablauf Endes des Jahres 2020 weiterhin gefördert wird.

Der BVV ist bis zum 30.12.20 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch/von Ertzdorff-Kupffer

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1685/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.09.2020	BVV	BVV-049/5 überwiesen	
22.10.2020	Soz	Soz-036/5 vertagt	
06.11.2020	Soz	Soz-037/5 im Ausschuss abgelehnt	
	BVV		1 J : 13 N : 0E

Weiblicher Genitalverstümmelung und ihren Folgen entgegenwirken

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache wird abgelehnt.

Ursprungstext:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Senatsstellen für die Umsetzung der Forderung der Frauenrechtsorganisationen Terre des Femmes einzusetzen, den Untersuchungsumfang bei Kindervorsorgeuntersuchungen und darüber hinaus auch bei Einschulungsuntersuchungen, auf die Feststellung möglicherweise erfolgter weiblicher Genitalverstümmelung auszuweiten.

Weiterhin wird dem Bezirksamt empfohlen, sich für eine möglichst frühzeitige medizinische Betreuung der von Genitalverstümmelung betroffenen Mädchen einzusetzen, in den jeweiligen Auswertungsberichten Genitalverstümmelung als gesonderte Kategorie auszuweisen und alle Möglichkeiten zu nutzen, um die deutsche Rechtslage bezüglich Genitalverstümmelung den in Frage kommenden Gemeinschaften und Frauen zu verdeutlichen.

Der BVV ist bis zum 30.11.20 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Wieland/Gusy

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1697/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.10.2020	BVV	BVV-050/5 überwiesen	
04.11.2020	Stad	Stad-090/5im Ausschuss abgelehnt	4J : 5N : 4E
	BVV		

Bauvorhaben Fechner Straße/ Uhlandstraße

Der Ausschuss für Stadtentwicklung
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache wird abgelehnt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert,
folgende Kriterien beim Bauvorhaben Fechner Straße/Uhlandstraße zu beachten:

- Ein Wettbewerbsverfahren, das eine größtmögliche Integration in den vorhandenen Städtebau ermöglicht
- Die Durchführung eines Bebauungsplans für das Bauvorhaben
- Die Einhaltung der Bauordnung des Landes Berlin, besonders die Verpflichtung, einen Kinderspielplatz zu errichten, sowie die Aufstellung von Fahrradabstellmöglichkeiten.

Ferner wird das Bezirksamt gebeten, folgende Punkte mit dem Investor zu verhandeln:

- Eine ausreichende Belichtung der unteren Etagen
- Die Umsetzung von ökologischen Maßnahmen im Sinne der Sponge-City im Kontext einer Platin-Zertifizierung nach DGNB-Zertifizierungssystem für das Bauvorhaben Zertifizierungssystem für das Bauvorhaben

- Falls sich das Bezirksamt trotz möglichen sehr hohen GFZ im Vergleich zu den Vorgaben des Baunutzungsplans entschließen sollte, auf einen Bebauungsplan zu verzichten, müssen die Regeln der kooperativen Baulandentwicklung trotzdem gesichert werden mit dem Ziel der vertraglichen Verpflichtung zur Errichtung von 35 Wohnungen, die nach den Wohnungsbauförderungsbestimmungen des Landes Berlin förderfähig sind und für die die Mietpreis- und Belegungsbindungen der Wohnungsbauförderbestimmungen 2018 des Landes Berlin gelten. (Die bedeutet 35 Wohnungen zu einer Nettokaltmiete von 6,50€). Diese mietpreisgebundenen Wohnungen sollen einen Mix an Wohnungen widerspiegeln: 10 x 3-Zimmerwohnungen, 10 x 1-Zimmerwohnungen und 15 x 2-Zimmerwohnungen sein. Die Verpflichtung Ersatzwohnraum nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz zu errichten, bleibt davon unberührt. Diese Wohnungen zu maximal 7,92 Euro Nettokaltmiete werden zusätzlich errichtet.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch/v. Ertzdorff-Kupffer

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1717/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
29.10.2020	BVV	BVV-050/5 überwiesen	
05.11.2020	JHA	JHA-060/5 im Ausschuss abgelehnt	1J : 7N : 1E
	BVV		

Schwimmunterricht bereits in Kitas

Der Jugendhilfeausschuss
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache wird abgelehnt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß in allen bezirklichen Kitas ein Angebot für Schwimmunterricht geschaffen wird. Das Angebot soll regelmäßige Informationen zur Sicherheit im Umgang mit Wasser und einen vollwertigen Schwimmunterricht als altersgerechtes externes Anbot umfassen. Das Angebot ist möglichst zu fördern bzw. (zumindest bei Bedürftigkeit) vollständig zu finanzieren.

Der BVV ist bis 28.02.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Andres

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1605/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
27.08.2020	BVV	BVV-048/5 überwiesen	
13.10.2020	Weit	Weit-044/5 vertagt	
10.11.2020	Weit	Weit-045/5 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	BVV		

Ausstellungseröffnungen und Führungen in unseren kulturellen Einrichtungen mit Gebärdensprache

Der Ausschuss für Weiterbildung und Kultur,
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu prüfen, ob bei Ausstellungseröffnungen und Führungen in den kulturellen Einrichtungen unseres Bezirks auch an die Besucher*innen mit Hörbehinderungen gedacht werden kann, in dem eine Fachkraft für Gebärdensprache hinzugezogen wird, die dann auch spezielle Führungen nach entsprechender Anmeldung durchführen kann.

Bei der Planung könnte der Hörgeschädigten Verein mit einbezogen werden. Dort könnte auch Werbung für dieses neue Angebot erfolgen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Andres

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1606/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
27.08.2020	BVV Weit BVV	BVV-048/5 überwiesen

Besuch in unseren Kultureinrichtungen für alle!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu prüfen, wie auch Blinden und Sehbehinderten ein Besuch in den Kultureinrichtungen und die Teilnahme an Veranstaltungen dort ermöglicht werden kann. Ein erster Schritt wäre ein Audioguide, der durch die Ausstellung führt.

Eine weitere Möglichkeit wären Führungen für Gruppen, speziell für Blinde und Sehbehinderte.

Hier sollte u.a. Kontakt aufgenommen werden mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband (ABSV Allgemeiner Blinden- und Sehbehindertenverband), um auf dieses neue Angebot aufmerksam zu machen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Das Bezirksamt und die kulturellen Einrichtungen sollten das Recht auf kulturelle Teilhabe aktiv befördern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hartmann

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1665/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.09.2020	BVV	BVV-049/5 überwiesen	
10.11.2020	Weit BVV	Weit-045/5 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	8J : 7N : 0E

Umzug der Heinrich-Schulz-Bibliothek - nur einmal

Der Ausschuss für Weiterbildung und Kultur
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das BA wird aufgefordert, die Verhandlungen für die Errichtung einer Zentralbibliothek zügig zu führen, damit ein Umzug der HSB innerhalb des Rathauses definitiv vermieden werden kann. Doppelte Umzugskosten dürfen keinesfalls verausgabt werden. Ziel muss es sein, einen Umzug an den neuen, attraktiven Standort zu priorisieren und so zeitnah wie möglich zu realisieren.

Der BVV ist bis zum 31. Oktober 2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hartmann

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1692/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ausstellung für Toleranz, Zivilcourage und Mitmenschlichkeit auch in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, die Wanderausstellung des Projektes „Toleranz-Tunnel“ für Toleranz, Zivilcourage und Mitmenschlichkeit in den Räumen unseres Rathauses oder auf einem unserer öffentlichen Plätze zu zeigen. Der BVV ist bis zum 30. November 2020 zu berichten.

Begründung:

Die Ausstellung des Projektes „Toleranz-Tunnel“ für Toleranz, Zivilcourage und Mitmenschlichkeit unter der Schirmherrschaft von Dr. Felix Klein, dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, soll gleichzeitig auf öffentlichen Plätzen / in öffentlichen Gebäuden präsent sein. Die Ausstellung kommt zu den Menschen. Dies sollte auch in unserem Bezirk so sein.

Nähere Informationen zu der Ausstellung findet man unter www.toleranz-tunnel.de

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1724/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Tempo 30 in der Joachim-Friedrich-Straße durchsetzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Piktogramm mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit 30 auf dem Boden zu platzieren, auf der Joachim-Friedrich-Straße auf Höhe Westfälische Straße, wo die Tempo-30-Anordnung beginnt.
Zudem muss die Sichtbarkeit der zum Teil verdeckten Schilder wiederhergestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2020 zu berichten.

Begründung:

Bäume verdecken die Schilder und die Kennzeichnung auf der Straße würde die Sichtbarkeit stark erhöhen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hartmann

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1735/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Den Kanzler der Einheit, Dr. Helmut Kohl, angemessen würdigen

Die BVV möge beschließen:

Das BA wird aufgefordert, sich bei allen zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der Kanzler der Einheit, Dr Helmut Kohl, angemessen mit der Benennung eines Platzes bzw. einer Straße im unmittelbaren Regierungsviertel im Bezirk Mitte geehrt wird.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:
Ggf. Mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1738/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Regelmäßige Kontrollen des Verkehrs um Schulen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, mit dem Ordnungsamt regelmäßig den ruhenden Verkehr vor und um Schulen zu kontrollieren. Falschparkende auf Geh- und Radwegen/-streifen sowie an Querungen sind abzuschleppen. Die Polizei soll für gemeinsame Aktionen mit dem Ordnungsamt gewonnen werden, um den fließenden Verkehr einzu-beziehen und beispielsweise Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Dabei sollen nicht nur die Bereiche unmittelbar vor den Schulen, sondern auch die Wege zu den Schulen einbezogen werden. Vorrang soll der Schutz der Schüler*innen haben. Den BVV-Fachausschüssen soll regelmäßig berichtet werden.

Der BVV ist bis zum 28. Februar 2021 zu berichten.

Begründung:

Es finden in bestimmten Wochen Schwerpunktkontrollen des Verkehrs vor Schulen statt. Diese sollten dauerhaft und nicht nur zu bestimmten Zeiten stattfinden. Da hier öfter Verstöße gegen die Verkehrsregeln festzustellen sind, sind diese Maßnahmen zu verstetigen. Hierbei sollen alle Schulen im Bezirk regelmäßig einbezogen werden. Ziel ist, die Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern zu unterstützen, um die Sicherheit der Wege zur und von der Schule zu verbessern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Buß/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1725/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Infektionsrisiko von Schulkindern minimieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Schulen, die aus Covid19-Infektionsschutzgründen den Unterrichtsbeginn flexibel gestalten möchten, tatkräftig zu unterstützen, um dadurch das Covid19-Infektionsrisiko zu gut wie möglich zu minimieren.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Ein flexibler Unterrichtsbeginn kann das Gedränge von jungen Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Schulweg, vor den Schultoren und auf den Schulfluren entzerren. Wenn Schulen diesen Weg gehen wollen, sollte ihnen größtmögliche Unterstützung gewährt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hartmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1736/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gedenktafel für Peter Lorenz in der Steifensandstraße 8

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass am Objekt Steifensandstraße 8 („Peter-Lorenz-Haus“) eine Gedenktafel angebracht werden soll, die auf das Wirken von Peter Lorenz hinweist.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten

Begründung:

Peter Lorenz hat sich als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin in den Jahren von 1982 bis 1987 um unsere Stadt verdient gemacht. Seinem Wirken und seiner Geschichte (Lorenz wurde am 27. Februar 1975, drei Tage vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin, von Mitgliedern der Terrororganisation „Bewegung 2. Juni“ entführt) wird in Berlin unter anderem mit dem „Peter-Lorenz-Haus“ in der Steifensandstraße 8, welche sich in Charlottenburg befindet, gedacht. Bisher weist jedoch lediglich eine nichtöffentliche Gedenktafel im Objekt Suarezstraße 15-17 auf Lorenz hin. Nunmehr soll eine Gedenktafel am „Peter-Lorenz-Haus“ selbst auf den Namensgeber des Hauses hinweisen und der Öffentlichkeit die Person Peter Lorenz nähergebracht werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Özbagci/Boden

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1739/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung

Die BVV möge beschließen:

Anknüpfend an die Beschlusslage der BVV DS 1425/5 wird das Bezirksamt aufgefordert, den Einstieg in eine Rekommunalisierung der Schulreinigung modellhaft bereits im kommenden Jahr zu erproben. Dazu ist unverzüglich in Verhandlungen mit Senat und Abgeordnetenhaus einzutreten, um die finanziellen Voraussetzungen durch eine zweckgebundene Mehrzuweisung für eine Schulreinigung durch kommunales Personal an mehreren Standorten zu schaffen. Die Reinigungskräfte sind grundsätzlich einzelnen Schulen zuzuordnen. Hierbei ist insbesondere die Wahl von unterschiedlichen Schulformen und Größen zu berücksichtigen, um bereits frühzeitig eine Vergleichbarkeit zwischen der bezirklichen und privaten Reinigung zu erzielen.

Sobald die Finanzierung durch das Land Berlin gesichert ist bereitet das Bezirksamt die Reinigung aller Schulgebäude durch Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst vor. Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 ist die dafür erforderliche finanzielle und personelle Ausstattung zu berücksichtigen. Auslaufende Reinigungsverträge mit privaten Reinigungsfirmen sind nur zu verlängern, wenn eine bezirkliche Reinigung im entsprechenden Zeitraum nicht gesichert werden kann. Nach Ablauf der Verträge werden die für Schulgebäude notwendigen Reinigungskräfte im Rahmen einer Festanstellung beim Bezirksamt beschäftigt.

Der BVV ist erstmalig bis zum 31. Januar 2021 zu berichten.

Begründung:

Für den Lernerfolg ist ein sauberes Umfeld unabdingbare Voraussetzung. In vielen Schulgebäuden werden die Reinigungsverträge sehr ungenügend eingehalten, indem Räume nicht vollständig gereinigt werden oder die Nassreinigung zu selten vorgenommen wird.

Das Reinigungspersonal arbeitet meist in Subunternehmen unter prekären Arbeitsbedingungen und kann in begrenzten Zeitfenstern die erforderlichen qualitativen Anforderungen nicht erfüllen.

Auf Initiative von „Schule in Not“ hat die BVV am 20. Februar 2020 für die Rekommunalisierung der Schulreinigung gestimmt. Jetzt müssen Taten folgen. Auf Landesebene wurde dazu der „Runde Tisch Schulreinigung“ eingerichtet. Angesichts der Größe des Vorhabens ist es geboten, nunmehr mit der Umsetzungsplanung zu beginnen. Dabei sind die insbesondere die erforderlichen und die tatsächlich vorhandenen Haushaltsmittel in den Blick zu nehmen. Für den Einstieg in die kommunale Schulreinigung sind die Unterstützung des Landes und zusätzliche Mittel im Bezirkshaushalt erforderlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch/von Ertzdorff-Kupffer

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1746/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Installation mobiler Luftfilter-, Luftaustausch- oder Luftabsaugsysteme in Klassenräumen der bezirklichen Schulen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass in allen Klassenzimmern den technischen und gesundheitlichen Anforderungen entsprechende, mobile Luftfilter-, Luftaustausch- oder Luftabsaugsysteme installiert werden, soweit eine Reduzierung einer potentiellen Virenkonzentration auf andere Weise nicht sichergestellt werden kann.

Der BVV ist bis zum 28.02.20 zu berichten

Begründung:

Geeignete lufttechnische Anlagen können die Aerosolkonzentration in einem Klassenraum innerhalb weniger Minuten massiv senken und dadurch das Risiko von Ansteckungen deutlich reduzieren. Ständiges Lüften hingegen (Stoßlüften, offene Fenster, Durchzug), gerade in der kalten und nassen Jahreszeit, führt unweigerlich zu situationsbedingten Erkältungskrankheiten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/fuer-bueros-und-schulen-ein-berliner-luftreiniger-gegen-corona/26292044.html>

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Murach/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1726/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Charta City West 2040 - kein Leitbild für BVV und Bezirksamt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Charta City West aufgrund nicht konsensfähiger Inhalte insbesondere im Abschnitt Mobilität nicht als sein Leitbild anzuerkennen, solange nicht eine grundlegende Diskussion aller Themenbereiche in einem partizipativen Prozess unter Beteiligung der BVV und der zuständigen Senatsverwaltungen erfolgt ist. Das Ergebnis sollte auch dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Das Bezirksamt wird weiter aufgefordert alle Themenfelder der Charta City West mit Dachverbänden, Berufsverbänden und mit den Themen befassten oder von diesen betroffenen Organisationen und Bürgerinitiativen zu diskutieren und mit einer gemeinsamen Abschlusserklärung zu dokumentieren.

Der BVV ist 4 Wochen nach Quartalsende ein Bericht vorzulegen.

Der erste Bericht ist zum 31. 12.2020 vorzulegen.

Begründung:

Für die Charta City West ist u.a. der neue Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr, der selbst in einem partizipativen Prozess an einem Runden Tisch unter Beteiligung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, der IHK und weiteren Nichtregierungsorganisationen entwickelt worden ist sowie das von der BVV beschlossene bezirkliche Verkehrskonzept zu berücksichtigen. Wichtige Inhalte des StEP Mobilität und Verkehr und das von der BVV beschlossene Verkehrskonzept stehen im Widerspruch zur Charta City West. Im Gegensatz zur Charta City West sehen z.B. beide Konzepte keine Einschränkung des Motorisierten Individualverkehrs auf 10% und keine City-Maut vor.

Ziel dieses Antrages soll es sein, dass innerhalb der genannten Verbände, Organisationen und Initiativen eine Diskussion über die sie betreffenden Punkte aus der Charta 2040 ausgelöst wird. Daraus resultierende Veränderungsvorschläge sollen berücksichtigt werden, um ein breites Verständnis für die Ziele der Charta 2040 zu bekommen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1744/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Radweg entlang der A111 sanieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, den Fahrradweg entlang der A111 in Richtung Reinickendorf zu sanieren. Der Streckenverlauf vom Jakob-Kaiser-Platz, entlang des Kurt-Schumacher-Damms und der A111 bis Saatwinkler Damm soll beidseitig umfassend in Stand gesetzt werden. Die dringend notwendige Sanierung ist in enger Zusammenarbeit mit dem bezirklichen Fahr-Rat unter Einbeziehung der dort vertretenen Initiativen und Verbände zu planen.

Das Bezirksamt möge darüber hinaus mit den zuständigen Stellen im Bezirksamt Reinickendorf in Kontakt treten, um eine möglichst zeitnahe und abgestimmte Sanierung des Streckenverlaufs des Radwegs an der A111 im dortigen Bezirk zu erwirken. Sollte sich abzeichnen, dass ein koordiniertes Vorgehen beider Bezirke nicht umzusetzen ist, soll das Bezirksamt eigenständig mit der Sanierung des Streckenabschnitts in Charlottenburg-Wilmersdorf beginnen.

Berichtsdatum: 31.01.2021

Begründung:

Der Fahrradweg vom Jakob-Kaiser-Platz in Charlottenburg Richtung Reinickendorf stellt eine wichtige Verbindungsrouten für den Radverkehr zwischen beiden Bezirken dar. Die Route ist jedoch in einem desolaten Zustand und teilweise nur unter der Gefahr von Stürzen nutzbar. Eine umfassende Sanierung der gesamten Route in beiden Bezirken ist dringend notwendig.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1727/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Planung von Fahrradstraßen endlich wieder aufnehmen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird vor dem Hintergrund der alleinigen Zuständigkeit des Bezirks für die Planung und Umsetzung von Fahrradstraßen und dem Umstand, dass es seit über 10 Jahren im Bezirk keine neue Fahrradstraße realisiert wurde, aufgefordert, die Realisierung neuer Fahrradstraßen wiederaufzunehmen.

Der BVV ist dabei

1. ein Plan eines Fahrradstraßennetzes, der bis 2030 umgesetzt werden soll,
2. eine Liste von Nebenstraßen im Bezirk, welche die rechtlichen Voraussetzungen entsprechend der StVO für eine Fahrradstraße erfüllen,

vorzulegen.

Der BVV ist bis zum 28.02.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1740/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrsprojekte auch temporär umsetzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, Maßnahmen für eine menschengerechte, sichere Stadt wie z.B. die Verlängerung der Fußgänger*innenzone Wilmersdorfer Straße, Straßenveränderungen und die Umgestaltung von Stadtplätzen schnell umzusetzen. Dabei sollen nicht nur bauliche Maßnahmen stattfinden, sondern auch mit Absperrungen und Markierungen gearbeitet werden. Diese lassen auch eine flexiblere Anpassung von Maßnahmen zu.

Der BVV ist bis zum 28.2.2021 zu berichten.

Begründung

Damit Maßnahmen der Verkehrssicherheit schneller umgesetzt werden können, sollten sie mit temporären umgesetzt werden. Planverfahren oder gar Planfeststellungsverfahren für größere bauliche Maßnahmen brauchen mehr Zeit. Zudem ermöglichen temporäre Maßnahmen, dass sie wenn nötig angepasst werden. Dies ist nach einer baulichen Umsetzung nicht möglich. Hat sich eine temporäre Maßnahme bewährt, kann sie dauerhaft baulich umgesetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1728/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Nachhaltiges Bauen im Bezirk zum Standard machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, mit der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen Kontakt aufzunehmen, um sich über die Möglichkeiten der Zertifizierung für einzelne Gebäude, Quartiere und möglicherweise für den gesamten Bezirk zu informieren. Der BVV soll berichtet werden, wie und mit welchem finanziellen Aufwand ein von unabhängiger Stelle zertifiziertes Verfahren zum Errichten nachhaltiger, ökologischer und soziokultureller Quartiere und Gebäude vom Bezirk angewendet werden kann. Dem Bericht soll auch zu entnehmen sein, welchen Zertifizierungsgrad das Bezirksamt als Mindeststandard für Charlottenburg- Wilmersdorf empfiehlt.

Der BVV ist bis zum 28.02.2021 zu berichten.

Begründung:

In Berlin werden immer mehr Gebäude und Quartiere nach dem System der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen zertifiziert (<https://www.dgnb-system.de/>). GoWest; Kuddamm 12 – 14; Upper West; Siedlung Westend und die Nachnutzung des Flughafen Tegel, um nur eine kleine Anzahl zu nennen. Ziel dieses Antrages ist die Entscheidung, ob und wenn ja wie, möglichst alle Bauvorhaben im Bezirk durch eine solche Zertifizierung auf eine umwelt-schonende Bau und Nutzung überprüft sind.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1741/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Straßen sicher mit Licht

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der Senatsverwaltung für eine schnellere Reparatur und Sanierung der Gasleuchten einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.3. 2021 zu berichten.

Begründung

Ca 20% der gasbetriebenen Lampen im Bezirk sind defekt. Die Sanierung dauert wesentlich länger als geplant. Von daher ist eine schnelle Reparatur erforderlich, damit keine Angsträume aufgrund mangelnder Beleuchtung entstehen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1747/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Städtepartnerschaft mit dem Bezirk Sisli/Istanbul

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, der BVV darzulegen, welches die Gründe dafür sind, nunmehr eine Städtepartnerschaft mit dem Bezirk Sisli /Istanbul einzugehen, wie vom dortigen Bürgermeister Muammer Keskin, erwünscht (vgl. Schreiben des BzBm vom 06. November 2020).

Begründung:

Es gibt seit längerem einen BVV-Beschluß, Verhandlungen einer Städtepartnerschaft mit Besektas /Istanbul aufzunehmen.

Wegen der politischen Situation in der Türkei ist dies bisher nicht geschehen.

Offenbar stellt sich für den BzBm die Situation jetzt anders dar. Er selbst hält eine weitere Erörterung diesbezüglich für geboten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1729/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Sozialen Wohnungsbau im Bezirk voranbringen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft dege-wo in ein Bauberatungsverfahren einzutreten mit dem Ziel das Bauvorhaben Forckenbeckstraße schnellstmöglich zu genehmigen. Ziel soll eine möglichst zeitnahe Baugenehmigung sein.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Begründung:

In dieser Wahlperiode ist noch kein Bauvorhaben mit bezahlbarem Wohnraum im Bezirk zuzüglich zu den noch laufenden hinzugekommen. Hier will eine städt. Wohnungsbaugesellschaft 205 Wohneinheiten, davon 50% im förderfähigen Bereich bauen. Es sollte alles getan werden, dass dieser dringend benötigte Wohnraum schnellstmöglich fertiggestellt werden kann.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Koch

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1742/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Service-Bereich zur Erstberatung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, im Rathaus langfristig eine mehrsprachige Erstberatung für Einwohner*innen anzubieten und so ein Service-Bereich für alle Besucher*innen zu schaffen.

Der BVV ist bis zum 31. März 2021 zu berichten.

Begründung:

Einladend soll ein Service-Bereich mit Erstberatung und Antragsausgabe etc. geschaffen werden, welcher die Besucher*innen umfassend berät und ihnen erste Hilfestellungen bei den Verwaltungshandlungen gibt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1730/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Auf- und Abfahrt Halenseestr./Messedamm am Autobahndreieck Funkturm erhalten

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, sich bei der Landesregierung (hier SenUVK) bzw. der mit der Planung beauftragten DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH dafür einzusetzen, dass beim Neubau des Autobahndreiecks Funkturm (ADF) an den Verbindungen zwischen der Stadtautobahn A 100 und der AVUS (A 115) jeweils eine Abfahrt von der A 100 Nordfahrbahn zum Messedamm und eine Zufahrt auf die A 100 vom Messedamm erhalten wird. Damit würden die umliegenden Anschlussstellen Kurfürstendamm, Jaffestr., Kaiserdamm und Kaiserdamm Süd spürbar von Verkehr entlastet. Das solche Auf- und Abfahrten möglich bzw. regelgerecht sind, zeigen die vergleichbaren Auf- und Abfahrten vom und zum Siemensdamm am Dreieck Charlottenburg

Der BVV ist bis zum 28.02.2021 zu berichten.

Begründung:

Die bisher geplante Schließung von insgesamt sieben Zu- und Abfahrten beim Neubau des Autobahndreiecks Funkturm (ADF) einer Deckelung der Stadtautobahn (A 100) führt zu einer Mehrbelastung der verbleibenden Autobahn-Anschlussstellen (AS) Kurfürstendamm, Jaffestraße, Kaiserdamm und Kaiserdamm Süd im Umfeld des ADF. Deshalb muss der Verkehr soweit irgend möglich von den anliegenden Wohngebieten abgeleitet und möglichst direkt auf die Hauptverkehrsachse Kaiserdamm, Masurenallee, Heerstraße abgeleitet werden. Der Hinweis auf öffentlich nicht zugängliche Regelwerke und eine höhere Verkehrssicherheit gegen diese Offenhaltung reicht nicht aus. Außerdem wird an der Neuplanung des Dreiecks Charlottenburg (Beispiel Überleitungen zum Siemensdamm) gezeigt, dass solche Auf- und Abfahrten möglich sind.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Burth/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1731/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ehrenamtliches Pflegen und Begrünen von Baumscheiben unterstützen

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, Bürger*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv bei der Pflege und Begrünung von Baumscheiben zu unterstützen. Dabei sind Angebote und Erfahrungen anderer Berliner Bezirke (z.B. Tempelhof Schöneberg) zu nutzen. Der BVV ist ein entsprechendes Konzept vorzulegen, das auch die BVV-Beschlüsse 378/5 (von 08/2018) und 1570/5 (von 06/2020) zu denen bis heute kein Bericht des Bezirksamts vorliegt, integriert. Im Konzept ist insbesondere eine tatkräftige Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement der Bürger*innen durch das Bezirksamt (zum Beispiel durch Beratung und den Verleih von Arbeitsgeräten und Bewässerungsanlagen) vorzusehen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Begründung:

Obwohl im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf bereits im vergangenen Jahr der Klimanotstand festgestellt wurde und auch nach Auskunft des Bezirksamts insbesondere Straßenbäume zunehmend durch Hitze- und Dürreperioden geschädigt werden, ist trotz der zwei zurückliegenden Beschlüsse der BVV noch keine Aktivität des Bezirksamts in dieser Richtung erkennbar. Das muss sich spätestens bis zum Frühjahr 2021 ändern. Darüber hinaus steht der Entwurf des Bezirkshaushalts 2022/23 bevor, in dem diese Maßnahmen auch haushaltsseitig untersetzt

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Wieland

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1743/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Charta City West - wie wird's konkret?

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, darzulegen, mit welchen planerischen Instrumenten es die Ergebnisse der Diskussion um die Charta City West umsetzen möchte, und in welcher Form die Schnittstelle zum vom Senat zu erstellenden „Masterplan City West“ geplant ist.

Der BVV ist bis zum 31.3.2020 zu berichten.

Begründung:

Nachdem der vom Expertengremium erarbeitete Thesen-Vorschlag zur Charta City-West aktuell einen Beteiligungsprozess durchläuft, wird es darum gehen, zu planen, wie man die Ergebnisse in einen Umsetzungsprozess leiten kann. Die Schnittstelle zu dem bereits seit Jahren vom Senat angekündigten „Masterplan City West“, der bedauerlicherweise immer noch kein Ergebnis gezeigt hat, sollte dabei präzisiert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1748/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Sicherheit und Aufenthaltsqualität des Skateparks am Heidelberger Platz verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, überprüfen zu lassen, ob die Beleuchtung des Skateparks am Heidelberger Platz für die Sicherheit der Nutzer ausreichend ist. Bei Feststellung von Mängeln bei der Beleuchtung sind diese umgehend zu beheben. Das Bezirksamt soll ferner veranlassen, dass am Skatepark Mülleimer aufgestellt werden, um der Verschmutzung und Vermüllung des Skateparks entgegenzuwirken. Für die Nutzer und ihre Begleiter soll eine mobile Toilette aufgestellt werden.

Der BVV ist bis zum 28. Februar 2020 zu berichten

Begründung:

Die Beleuchtung unter der Autobahnbrücke ist völlig unangemessen für eine Sportstätte. Für die Benutzer des Skateparks können sich daraus Unfallrisiken ergeben. Gute Sicht muss für die Skater jederzeit gewährleistet sein. In der dunklen Jahreszeit ist bereits am Nachmittag eine Situation gegeben, welche die Nutzung gefährlich macht. Weil es keine Mülleimer rund um die Bahn gibt, sammelt sich viel Abfall an. Die Örtlichkeit sieht völlig verwahrlost aus. Für die Skater und ihre Begleitpersonen gibt es keine Möglichkeiten für eine Toilettenbenutzung. Deshalb ist das Umfeld der Bahn durch Kot und Urin verschmutzt, was nicht nur unhygienisch ist, sondern auch eine Geruchsbelästigung bewirkt. Eine mobile Toilette kann hier Abhilfe schaffen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Timper

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1732/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Digitalisierung der Kultureinrichtungen, der Musikschule und der VHS

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Gebäude der Kultureinrichtungen, der Musikschule und der VHS in Charlottenburg-Wilmersdorf ausreichend mit WLAN ausgestattet werden, um einerseits die internen Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, zum anderen den Nutzer*innen von Kultureinrichtungen, VHS und Musikschule auch digitale Angebote machen zu können.

Der BVV ist bis zum 31.3.2020 zu berichten

Begründung:

Bisher sind noch nicht alle Gebäude von Kultureinrichtungen, VHS und Musikschule mit einem stabilen WLAN-Netz ausgestattet. So sind z.B. noch nicht einmal Online-Anmeldungen möglich. Einen digitalen Unterricht, wie er während der Covid-19-Pandemie z.T. notwendig ist, können die Musikschullehrer*innen in der Regel nur von zu Hause anbieten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Timper

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1733/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Die Geschichte des Hauses Poelzig darstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in einer Ausstellung im Museum Charlottenburg-Wilmersdorf die Geschichte des Hauses Poelzig (Tannenbergallee 28), seiner Architekt*innen und Eigentümer darzustellen.

Der BVV ist bis zum 31.3.2020 zu berichten

Begründung:

Die Geschichte des Hauses Poelzig ist im Bauarchiv Charlottenburg-Wilmersdorf recht gut dokumentiert, ansatzweise auch seine ehem. Gartenanlage. Das Haus Poelzig hat eine vielfältige Geschichte hinter sich, von der Weimarer Republik über die NS-Zeit, über die 1950er Jahre bis heute. Und es zeigt dabei ein interessantes Stück Charlottenburger Geschichte auf.

Das Haus Poelzig in der Tannenbergallee 28 wurde 1930 fertiggestellt nach den Plänen von Marlene Poelzig, der Ehefrau des Architekten Hans Poelzig (u.a. Haus des Rundfunks). Marlene Poelzig war bekannt als Designerin (Lichtsäulen am Großen Schauspielhaus (1919/20), Lichtsäulen am Kino „Capitol“ (1925), die noch heute erhaltenen großen Beleuchtungskörper im Foyer des Hauses des Rundfunks an der Masurenallee (1929/30)). Sie arbeitete mit im „Bauatelier Poelzig“. Ungewöhnlich für die damalige Zeit war, dass sie als Architektin ein Haus entwerfen durfte.

Die Familie Poelzig wohnte in dem Haus. Im Juni 1936 starb Hans Poelzig. Danach erwarb der Filmregisseur Veit Harlan (unrühmlich bekannt durch seinen antisemitischen NS-Hetzmfilm „Jud Süß“, 1940) das Gebäude und ließ dort einen „Bildwerferraum“ (3x4 m) anbauen. Allein 4 Ministerien waren daran beteiligt, dass dieser Anbau umgesetzt werden konnte.

Der danebenliegende ehemalige Atelierraum von Hans Poelzig wurde nun zum Vorführraum für NS-Filme, diente Veit Harlan auch, um die tagsüber gedrehten Filmstreifen zu prüfen. Harlan lebte vermutlich 1937-1945 in diesem Haus.

1954 erwarb die Westfälische Transport AG (WTAG) das Grundstück, die später in der Stinnes AG aufging. Der Architekt Willi Schreiber, eher traditionalistisch orientiert, ließ den „Bildwerferraum“ wieder abreißen und baute das Haus um. Aus dem Vorführraum (ehem. Atelierraum von Hans Poelzig) wurden nun Schlafzimmer, Bad, Schrankraum und Flur. Das Flachdach wurde abgerissen, ebenso wie das erste Obergeschoss über dem Wohntrakt zu Gunsten von Walmdächern - so wurde aus einem Flachdach-Terrassenhaus ein Walmdach-Landhaus. (Willi Schreiber ist u.a. bekannt als Architekt des Kinobaus „BeLi“ (Bleibtreu-Lichtspiele), das 1951 an der Ecke Bleibtreu-/Nieburhstraße gebaut wurde, nach geänderter Fassade wurde daraus „Filmkunst 66“.

Eine Gedenktafel am Gartentor des Hauses verweist heute auf Hans Poelzig.

Inzwischen ist das Haus durch weitere Hände gegangen. Ein Investor plante es abzureißen, setzt jetzt aber den Abriss aus. Eine Initiative ist bemüht, das Gebäude zu erhalten. Ausgang offen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1749/5**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
BVV	

Digitale Diskussion zum Thema "Ist der Islam ein Integrationshindernis"?

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine digitale Diskussion (Videokonferenz) zum Thema *Ist der Islam ein Integrationshindernis?* zu veranstalten.

Hierzu sollen Vertreter der BVV-Fraktionen, des Bezirksamts und externe Experten eingeladen werden, die über Themen wie Islam, Islamismus, Scharia, Islam und Schule, usw. diskutieren. Im Anschluss soll die Möglichkeit für das teilnehmende Publikum bestehen, persönliche Ansichten einzubringen, Fragen zu stellen und individuelle Belange vorzutragen.

Der BVV ist bis zum 28.02.20 zu berichten.

Begründung:

Durch die Anschläge in Paris, Nizza, Dresden und Wien stellt sich die Frage wieder mit einmal großer Dringlichkeit, welche Rolle der Islam in Zusammenhang mit der Integration spielt. Auch in Deutschland melden sich z.B. Vertreter von Lehrerverbänden zu Wort, die beklagen, dass bestimmte Themen im Unterricht nicht behandelt werden können, weil Drohungen von mohammedanischen Eltern und Schülern erfolgen. Auch die Gedenkminute für den in Paris von einem mohammedanischen Extremisten enthaupteten Lehrer wurde von mohammedanischen Schülern abgelehnt, ja, die Enthauptung wurde sogar begrüßt.

Immer wieder werden grundsätzliche Fragen gestellt: Verträgt sich der Islam mit dem Grundgesetz; sind gläubige Mohammedaner überhaupt in unsere Gesellschaft integrierbar. Wie steht es um die Rolle der Frau im Islam, um Judenhass und Homophobie, um Toleranz und Miteinander? Hierzu gibt es viele unterschiedliche Bewertungen.

Es gibt zahlreiche ausgewiesene Experten zum Thema, die eingeladen werden könnten. Z.B.:

- Seyran Ates, Rechtsanwältin/ GF'in Ibn Rushd-Goethe Moschee, Berlin
- Prof. Dr. Ruud Koopmans, Abteilungsleiter am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität
- Ahmad Mansour, Diplom-Psychologe und Autor
- Prof. Dr. Susanne Schröter, Leiterin Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam
- Dr. Joachim Wagner, Journalist und Autor, *Die Macht der Moschee: Scheitert die Integration am Islam?* 2018
- Dr. Necla Kelek, Soziologin und Publizistin, Vorstandsfrau Terre des Femmes

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 1723/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Zweite Corona-Welle

Ich frage das Bezirksamt:

1. Wie bewertet das Bezirksamt das derzeitige Infektionsgeschehen?
2. Wie haben sich die einzelnen Abteilungen strategisch (vor allem hinsichtlich ihres Personals, der IT-Ausstattung und Home-Office Möglichkeit) auf die derzeit herrschende zweite Corona-Welle vorbereitet?
3. Welche Maßnahmen werden vor allem im Bereich Schule ergriffen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
CDU-Fraktion
Klose/Hartmann

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 1734/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

U-Bahnhof Adenauerplatz

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Welche (Detail)Kenntnisse hat das BA zum von der BVG geplanten Umbau der Zwischenebene des U-Bahnhofs Adenauerplatz?
2. Wie weit sind diese Planungen gediehen und wann wird voraussichtlich mit dem Bau eines zweiten Ausgangs begonnen werden?
3. Welche zeitlichen und planerischen Vorstellungen hat das BA zum Um-/Ausbau des U Bahnhofs Adenauerplatz zum Kreuzungsbahnhof der Linien U 7 und U 1 einschließlich der Verlängerung der U 1 vom Bahnhof Uhlandstr. bis zunächst wenigstens zum Adenauer Platz?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 1737/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Wie will das Bezirksamt die offenen Stellen rascher besetzen?

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie plant das Bezirksamt, die Zahl der offenen Stellen dauerhaft zu reduzieren und wie will das Bezirksamt die Arbeit in der Personalstelle beschleunigen, um Stellenausschreibungen rascher zu veröffentlichen?
2. Wie bewertet das Bezirksamt den im Vergleich zu anderen Bezirken höheren Krankenstand in der Bezirksverwaltung und wie will das Bezirksamt den Krankenstand verringern?
3. Wie will das Bezirksamt den Personalstand in relevanten Feldern wie Elterngeldstelle, Gesundheitsamt, Verkehrsbehörde und Tiefbauamt dauerhaft erhöhen bzw. die offenen Stellen besetzen, um so eine solide Grundlage zu haben, damit diese Ihre Arbeit umsetzen können?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 1745/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Lietzenseepark - Ruhestörung, Vermüllung, Kriminalität. Was tut das Bezirksamt?

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Was unternimmt das Bezirksamt angesichts der Verschlechterung der Situation im Lietzenseepark durch zunehmende Ruhestörungen in den Nächten, zunehmende Vermüllung und gestiegener Kriminalitätsrate?
2. Welche Lösungsmöglichkeiten (außer den unter Frage 3 aufgeführten) konnte das Bezirksamt auf dem Arbeitstreffen des *Städtebaulichen Präventionsteams* des Polizeiabschnitts 24 mit dem *Verein ParkHaus Lietzensee* und dem Anwohnerverein *Bürger für den Lietzensee* den engagierten Anwohnern anbieten?
3. Welche Kosten kommen auf das Bezirksamt für den erwogenen Einsatz von Parkläufern, Streetworkern oder Konfliktlotsen zu?